

FDP.Die Liberalen, Postfach, 3001 Bern

Eidgenössisches Departement für Umwelt, Verkehr,
Energie und Kommunikation
3003 Bern

Bern, 5. Februar 2026 / HG
VL KommPG

Elektronischer Versand: rtvg@bakom.admin.ch

Neues Bundesgesetz über Kommunikationsplattformen und Suchmaschinen (KomPG)

Vernehmlassungsantwort der FDP.Die Liberalen

Sehr geehrte Damen und Herren

Für Ihre Einladung zur Vernehmlassung oben genannter Vorlage danken wir Ihnen. Gerne geben wir Ihnen im Folgenden von unserer Position Kenntnis.

Die FDP.Die Liberalen anerkennt, dass Kommunikationsplattformen und Suchmaschinen eine entscheidende Rolle für die öffentliche Meinungsbildung spielen. Transparenz, Rechtssicherheit und der Schutz der Nutzerautonomie sind zentrale liberale Anliegen. Positiv bewertet wird, dass der Gesetzesentwurf im Vergleich zum EU-Digital Services Act (DSA) einen zurückhaltenderen Weg einschlägt, auf direkte staatliche Inhaltsmoderation verzichtet und den Fokus auf Verfahrensrechte legt.

Trotz der Anerkennung der Problematik stellt die FDP die fundamentale Frage nach der Notwendigkeit eines eigenständigen Gesetzes. Es ist kritisch zu prüfen, ob die angestrebten Ziele nicht durch die konsequente Anwendung und punktuelle Schärfung bestehender Erlasse (z.B. Zivilgesetzbuch, Strafgesetzbuch, Wettbewerbs- und Urheberrecht) erreicht werden könnten. Viele der adressierten Rechtsverletzungen – wie Drohungen oder Persönlichkeitsverletzungen – sind bereits heute illegal. Das Problem ist oft nicht das Fehlen von Gesetzen, sondern deren Durchsetzung im digitalen Raum. Bevor ein neues Bürokratiemonster geschaffen wird, muss dargelegt werden, warum die bestehende Gesetzgebung für die Herausforderungen der Plattformökonomie nicht ausreicht.

Aus liberaler Sicht ist die Regulierung dort legitim, wo private Machtkonzentration die Freiheit der Bürger einschränkt. Grosse Plattformen agieren faktisch als Monopolisten in öffentlichen Diskursräumen. Die systematische Bevorzugung von Emotionalisierung und Polarisierung durch Algorithmen verzerrt den freien Wettbewerb der Ideen. Differenzierte, abwägende Positionen werden strukturell benachteiligt. Wenn private Konzerne ohne klare Begründungspflichten über die Sichtbarkeit von Meinungen entscheiden, widerspricht dies der Rechtsstaatlichkeit. Eine liberale Regulierung muss hier ansetzen: Nicht um Inhalte zu steuern, sondern um faire, transparente Spielregeln und effektive Rechtsmittel gegen private Willkür sicherzustellen.

Die FDP warnt eindringlich davor, dass der Entwurf des KomPG in seiner jetzigen Form zu einer massiven Aufblähung der Bürokratie führt. Die Vielzahl neuer Pflichten (Meldeverfahren, Werbearchive, jährliche Berichterstattung, externe Evaluationen) generiert erhebliche Kosten, die letztlich die Innovationskraft hemmen. Die Verpflichtung der Anbieter, die Kosten selbst zu tragen, ändert nichts an der volkswirtschaftlichen Belastung. «Transparenz» darf nicht zum Deckmantel für «administrative Überlastung» werden. Sollte ein neues Gesetz unumgänglich sein, muss die Regulierung zwingend auf die grossen, systemrelevanten Anbieter beschränkt bleiben. Eine Ausweitung, die über das EU-Niveau hinausgeht, ist strikt abzulehnen.

Ein zentrales Element einer freien Gesellschaft ist die Urteilskraft der Bürger. Statt auf Entfernung und staatlich induziertes «Overblocking» durch Plattformbetreiber zu setzen, müssen Massnahmen zur Einordnung (Contextualization) und zur Förderung der Medienkompetenz gestärkt werden. Die Verlagerung der Verantwortung auf private Akteure unter regulatorischem Druck darf nicht dazu führen, dass missliebige, aber rechtmässige Inhalte vorsorglich gelöscht werden.

Die FDP.Die Liberalen fordert eine Überarbeitung des Entwurfs nach den folgenden Maximen:

1. **Subsidiaritätsprüfung:** Klare Darlegung, welche Elemente (z.B. spezifische algorithmische Transparenz) zwingend ein neues Gesetz erfordern und was im bestehenden Recht (z.B. Lauterkeits- oder Kartellrecht) gelöst werden kann.
2. **Bürokratie-Stopp:** Drastische Reduktion der Berichts- und Evaluationspflichten auf das absolut Notwendige.
3. **Schutz der Autonomie:** Regulierung muss die individuelle Selbstbestimmung gegenüber monopolistischen Strukturen schützen, ohne den Staat zum Schiedsrichter über «Wahrheit» zu machen.
4. **Kein «Swiss Finish»:** Keine Regulierung, die über internationale Standards (EU) hinausgeht oder den Wirtschaftsstandort Schweiz einseitig belastet.

Wir danken für die Gelegenheit zur Stellungnahme und die Berücksichtigung unserer Überlegungen.

Freundliche Grüsse

FDP.Die Liberalen

Der Co-Präsident



Benjamin Mühleemann
Ständerat

Die Co-Präsidentin



Susanne Vincenz-Stauffacher
Nationalrätin

Der Generalsekretär



Jonas Projer